

Uni Tübingen von NATO im Handstreich genommen

Chef der NATO-„Sicherheitskonferenz“ ist am Institut für Politikwissenschaft zum Honorarprofessor ernannt worden

Die Honorarprofessur für Wolfgang Ischinger stellt sich als gezielter Verstoß gegen die Friedensbindung heraus, zu der sich die Uni durch eine Zivilklausel verpflichtet hat. Verantwortungslose Wissenschaftler reichten dem aggressiven Militärbündnis dazu die Hand. Friedenskräfte suchen nach einer Antwort.

Während die NATO mit ständig ausgeweiteter aggressiver Kriegspolitik auf immer mehr Widerstand stößt, ist ihr an der „Heimatfront“ ausgerechnet an der Uni Tübingen ein Coup gelungen. Der Chef der berüchtigten jährlichen NATO-„Sicherheitskonferenz“ Wolfgang Ischinger, ein ausgewiesener Militarist, ist am Institut für Politikwissenschaft zum Honorarprofessor ernannt worden. Das wurde nach klammheimlicher Vorarbeit Anfang Mai durch Ankündigung von dessen Antrittsvorlesung bekannt. Mitte Juli soll es mit dem Seminar „Internationale Krisendiplomatie“ über „Krisen der deutschen Außenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten“ zur Sache gehen. Die Studierenden sollen in der Blockphase vom 18. bis 20. Juli in Berlin von Wolfgang Ischinger in Zusammenarbeit mit Thomas Nielebock, Akademischer Oberrat am Institut, unter Ein-

schluss von Gesprächen mit „Entscheidungsträgern unter anderem durch den Besuch in Ministerien und Botschaften“ auf die neudeutsch-zivilmilitärische Außenpolitik getrimmt werden. Das alles ist ein provokativer Verstoß gegen den komplett gegenteiligen Senatsbeschluss vom Dezember 2009 für die Präambel der Uni-Grundordnung „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen“. Die lügenhafte „Krisendiplomatie“, die 1999 zum ersten deutschen Kriegseinsatz im Kosovo, 2001 zur Teilnahme am völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz „Enduring Freedom“ in Afghanistan und 2009 zum Massaker in Kundus geführt hat, soll offenbar als vereinbar mit friedlichen Zwecken und der Verpflichtung, zur Bereicherung des Zusammenlebens der Völker beizutragen, verkauft werden.

Die Zivilklausel ist seit Herbst 2010 rechtskräftig mit Zustimmung eben jener baden-württembergischen Landesregierung, die Zivilklauseln für Hochschulen generell für verfassungswidrig hält und trotz eines gegenteiligen Gutachtens

des Verfassungsrechtlers Erhard Denninger nie von ihrem Standpunkt abgerückt ist. In einer kabarettistisch anmutenden Einlage hatte Ex-Minister Frankeberg in einer Landtagsdebatte im April 2009 Hochschulforschung für die „Bundeswehr als Armee eines demokratischen Staates“ als eine Art Zivilklausel bezeichnet. Die Widersprüche kommentierte die Landesregierung damit, dass der Präambel zur Grundordnung keine Verbindlichkeit zukomme.

Der Universität ist die Haltung der Studierenden, die die Forderung nach der Zivilklausel im Rahmen des Studienstreiks 2009 eingebracht hatten, sehr wohl bewusst. Im April 2010 kam es wegen Verstoßes gegen die neue Zivilklausel zu massiven Protesten gegen ein Seminar der Bundeswehr-Dozentin Monika Lanik über „Ethnologie und Militär“ und gegen den Auftritt von Wolfgang Ischinger im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Uni. Die Uni-Leitung hat sich demnach auf die Seite von NATO und Bundeswehr geschlagen, legt die Zivilklausel bewusst als zivil-militärische Klausel aus und hat damit eine neue Dimension der inneren Militarisierung der Hochschulen eröffnet.

Eine schier atemberaubende Verantwor-

tungslosigkeit, die noch getoppt wird durch die Absicht, im Herbst eine perfide Studium-generale-Vortragsreihe zu veranstalten, organisiert von dem genannten Akademischen Oberrat. Thema soll unter anderem die Zivilklausel sein unter Einbeziehung von Verantwortlichen der bundesweiten Zivilklausel-Bewegung, nachdem derartig empörende Fakten geschaffen worden sind. Aktive aus Tübingen hatten in der bundesweiten Konferenz „Hochschulen für den Frieden! Nein zur Kriegsforschung! Ja zur Zivilklausel!“ (Erklärung www.natwiss.de/inc/Erklaerung_Hsff.pdf) Ende Mai in der TU Braunschweig um Solidarität gebeten.

Die Ungeheuerlichkeit des bewussten Verstoßes gegen die Zivilklausel war für die TeilnehmerInnen so überraschend, dass auf Anhieb keine passende Antwort gefunden werden konnte. Dazu muss betont werden, dass Details der verdeckten Einfädelung der Honorarprofessur erst danach klarer geworden sind.

Indignez vous! Empört Euch! Die Friedenskräfte werden auch auf diese Provokation eine Antwort finden.

Dietrich Schulze